



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/159 - 16. Juli 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0888390

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Gültige Wahrheiten</u> Die Warnung der USA-Wissenschaftler	26
1	<u>Die Sorgen des Herrn Ulbricht</u> Vergebliches Werben um die SPD	16
2 - 3	<u>Politik aus "allererster" Hand</u> Erich Ollenhauer diskutiert mit Schülern des Evangelischen Aufbau-Gymnasiums Herchen/Siegkreis Politische Reportage von G. Markscheffel	
4 - 5	<u>Deutsche als Fremdenlegionäre südlich der Sahara?</u> Eine neue Gefahr für das deutsche Ansehen in Afrika	92
6	<u>Farbige Regierungsbeamte wollen Sprachen lernen</u> Liberia gibt ein Beispiel Von Bruno Kuster, Genf	48

* * *
* *

Gültige Wahrheiten

sp - Was geschähe, wenn sehr viele Staaten mit nicht gefestigten Regierungen und ungelösten Problemen im Besitz von Atomwaffen wären? Bisher gibt es nur, rechnet man Frankreich dazu, dreieinhalb Atomkräfte. Aber die Gefahr ist riesengross, dass es bei dieser Beschränkung nicht bleiben wird. Die Genfer Abrüstungsgespräche sind geplatzt, zwischen West und Ost ist der Kalte Krieg in neuer Schärfe entbrannt und viele weltpolitische Brandherde sind seit dem Pariser Fehlschlag hinzugekommen. Chruschtschow droht allen Ländern, die seinem politischen Konzept widersprechen, mit Raketenbeschussungen, und als Gegenaktion gedanken die Vereinigten Staaten an ihre Verbündeten Polaris-Raketen zu geben, mit denen man von Mitteleuropa aus bis über Moskau hinaus Not und Verderben bringen kann. Die Welt steigert sich fast hemmungslos in gegenseitiges Misstrauen und Furcht hinein; so ist es gut, dass es doch noch Stimmen gibt, die vor dem Weg warnen, den die Mächtigen dieser Erde beschreiten - den Weg der totalen Selbstzerstörung. Amerikanische Wissenschaftler haben soeben nach langen Beratungen mit Mitgliedern des USA-Kongresses warnend ihre Stimme gegen die Steigerung des atomaren Wettbewerbs erhoben und damit Wahrheiten ausgesprochen, die im Trübel einer politischen Entwicklung unterzugehen drohen, die Wahrheit nämlich, dass jede Erweiterung des "Atomclubs" die Unsicherheit in dieser Welt ins Unerträgliche steigert, und jede Aussicht verbanen muss, aus dem Teufelskreis von Furcht und Misstrauen herauszukommen. Wer will es wagen, diese Warnung der amerikanischen Wissenschaftler leichtfertig in den Wind zu schlagen? Sie betrifft den Westen wie den Osten. Noch ist nichts Unwiderrufliches geschehen, noch wäre Zeit zur Umkehr, doch die bange Frage bleibt, ob planende Vernunft die Handlungen der Männer, denen heute Weltverantwortung zukommt, leitet.

+ + +

Die Sorgen des Herrn Ulbricht

sp-Wieder einmal hat sich SPD-Chef Ulbricht an die SPD-Mitglieder gewandt und sie beschworen, den "rechten Führer" der Sozialdemokratie den Rücken zu kehren. Ulbricht hat es öfters mit der aussenpolitischen Debatte vom 30. Juni 1960. Er benutzt bei seinen Beschwörungen jene Argumente, die auch andere Gegner der SPD anwenden, um Unsicherheit in die Reihen der Sozialdemokraten zu tragen. Seit nunmehr vierzig Jahren wiederholt sich dieses stumpfe und plumpe Spiel. Einmal sind die Sozialdemokraten "Brüder", ein anderes Mal "Klassenfeinde". Schmeichele und Appelle wechseln mit Drohungen ab. Und immer dann, wenn die Resonanz der SPD im Volke grösser wird, versucht man, einen Keil in dieses stärkste Bollwerk der deutschen Demokratie hineinzutreiben.

Aber diesmal muss Ulbricht besonders schlecht beraten gewesen sein. Seine ganze Argumentation gegen die "rechte SPD-Führung" basiert auf Falschmeldungen. Denn: Niemand in der SPD denkt daran, vor Adenauer zu kapitulieren. Aber auch nicht vor Diktator Ulbricht, dessen Politik der Unfreiheit die Spaltung Deutschlands vertieft.

+ + +

Politik aus "allererster" Hand

Erich Ollenhauer diskutiert mit Schülern des
Evangelischen Aufbaugymnasiums Hercher/Siegbkreis

G.M. - Über zweihundert Augenpaare junger Menschen sind auf Erich Ollenhauer, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gerichtet, als er im Evangelischen Aufbaugymnasium in Hercher/Siegbkreis mit knappen Worten die Auffassungen der Sozialdemokratie zur gegenwärtigen politischen Situation darstellt. Es ist Freitagnachmittag, und genau vor fünf Jahren, so sagt ein Primaner, ist der "Politische Arbeitskreis" der Hercherer Aufbauschule ins Leben gerufen worden. Man hat dieser Arbeitsgemeinschaft das Motto: "Politik aus erster Hand" gegeben. Diesmal - so meint der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft - werde Politik aus "allererster" Hand geboten.

Für ehrliche Bestandsaufnahme

Gelockert und einfach spricht Erich Ollenhauer. Er macht keine Umschweife. Oberstes Ziel jeder deutschen Regierung muß es sein, die tragische Spaltung des Vaterlandes in Freiheit und Frieden zu überwinden. Dafür gibt es keine Patentlösung. Wer behauptet, er habe eine, täuscht sich selbst und andere. Die SPD strebt das Ziel der Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln an. Spannungen müssen abgebaut werden. Es liegt im deutschen Interesse, alle politischen Vorstellungen, die der Entspannung dienen können, zu fördern. Die Bundesrepublik kann und darf keine Extratournee reiten. Sie muß zusammen mit ihren Freunden immer wieder versuchen, das Deutschland-Problem in die internationale Diskussion zu stellen. Dazu gehört die Initiative mit dem Ziel, zunächst die Atomrüstung zu begrenzen. Jede Abrüstungsmaßnahme muß gefördert werden; selbstverständlich - das ist die Voraussetzung der SPD - nicht auf dem Wege über Vorleistungen, sondern als gleichwertige Maßnahme. Das Berlin-Problem ist stets im Rahmen des Deutschland-Problems und der europäischen Sicherheit auf den Verhandlungstisch zu bringen. Solange es keine von den vier Mächten gebilligte Lösung für Berlin gibt, muß der Westen die Freiheit Berlins sichern.

Und dann zu den ganz aktuellen Fragen: "Wir haben nicht gesagt, daß die Regierung unsere Auffassung akzeptieren muß. Wir wollen eine sachliche Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer deutschen Politik. Was sich nach der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz ereignete, hat die internationale Lage nicht erleichtert. Alles ist komplizierter geworden. Wir sind der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nähergekommen, und die Sicherheit unseres Volkes ist keineswegs gewährleistet".

Die jungen Menschen lauschen atemlos; man könnte eine Stecknadel fallen hören. Aber sofort nach den einführenden Worten Ollenhauers beginnt das Fragespiel. Die Fragen sind intelligent, abgewogen und "hart auf den Punkt" gezielt. Es ist wie in einer großen Pressekonferenz.

Atombewaffnung?

Natürlich kommt die Frage: "Wie hält es die SPD mit der Atombewaffnung?" Ollenhauer: "Ich sehe keinen Grund, unsere ablehnende Haltung zur Atombewaffnung zu ändern. Die Bundesrepublik würde in das Atomwettrennen der Großen hineingezogen werden und keineswegs ihre Sicherheit vergrößern oder gar ihre Chancen verbessern, im Sinne der Entspannung wirksam zu werden".

"Wie ist das mit dem Bekenntnis der SPD zur NATO?" - "Wir haben in früheren Jahren vor dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO gewarnt, weil wir wußten, daß hierdurch die Wiedervereinigung immer schwieriger, die Basis der Verhandlungsmöglichkeiten immer schmaler wird. Adenauer hat seinen Willen durchgesetzt. Er hat bei den Bundestagswahlen die Mehrheit bekommen. Wir stehen zu den Verträgen; wir sind keine Kommunisten oder Nationalsozialisten, die Verträge 'zerreißen'".

Und noch einmal: kommt das Problem der Abrüstung hoch. "Ist die SPD nicht grundsätzlich gegen die Aufrüstung?" Ollenhauer: "Wir sind für alles, was die Abrüstung fördern kann. Aber jede Abrüstung muß gleichwertig sein".

Diplomatische Beziehungen zu Ostblockstaaten?

Einer fragt, ob die SPD für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten ist.

Ollenhauer: "Natürlich; wir haben schon 1956 auf unserem Parteitag in München die Regierung aufgefordert, diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufzunehmen. Man muß - gerade in Polen - vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen feierlich erklären, daß wir die Oder/Neiße-Grenze nicht anerkennen. Das ist eine Frage, die in einem Friedensvertrag geklärt werden muß. Aber wir brauchen einen 'Draht' dorthin. Wir müssen selbst mit den Leuten in Warschau oder in Prag reden können. Wir müssen ihnen selbst unsere Probleme darstellen, wie wir sie sehen. Schließlich hat ja auch Adenauer die dipl. matischen Beziehungen zu Moskau aufgenommen, ohne daß dadurch die Oder/Neiße-Grenze von Bonn anerkannt wurde".

Kanzlerkandidat Willy Brandt?

Einer will wissen, ob denn Willy Brandt genügend außenpolitische Erfahrungen besitzt, um Bundeskanzler werden zu können. Und: Es wäre verantwortungslos von der SPD, wenn sie Willy Brandt nur aus wahltaktischen Gründen aufstellen würde.

Ollenhauer lacht: "Natürlich, da haben Sie ganz recht, das wäre wirklich verantwortungslos von uns, wenn wir Willy Brandt nur aus wahltaktischen Gründen zum Bundeskanzler aufstellen würden".

"Und die außenpolitischen Erfahrungen von Willy Brandt?" "Wissen Sie, als Herr Adenauer Bundeskanzler wurde, da hatte er überhaupt keine außenpolitischen Erfahrungen. Willy Brandt aber hat sich ja schon in der Welt umgesehen und das mit einem nicht zu bestreitenden Erfolg".

Unbestechlich, fair, wissensdurstig

Die jungen Menschen gehen mit, sie sind "mitten drin". Was dort zum Ausdruck kommt, ist nicht Neugierde, es ist nicht nur Freude an der Diskussion mit einem "Prominenten". Hier spricht das Wesen der Politik, hier kommen Gedanken zum Ausdruck, die reiflich überlegt wurden. Gewiß, hin und wieder bewegt sich ein Fragesteller in Vorstellungen, die er von Gegnern der Sozialdemokratie übernommen hat. Das hört man sofort heraus. Aber immer wieder stellt die sachliche Antwort Ollenhauers die Problematik unverfälscht in den Raum.

Neben Ollenhauer sitzt der 35-jährige SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Wienand. Er stammt aus der Gegend von Herchen. Dort arbeitet er als Kommunalpolitiker. Selbst noch ein junger Mann, steht er in der Verantwortung für den Staat.

Fast zwei Stunden dauert das Gespräch Ollenhauers mit den Oberschülern. Es wäre sicher noch stundenlang weitergegangen. Aber andere Verpflichtungen rufen. Am Abend ist in der Nähe eine Kundgebung, auf der Erich Ollenhauer sprechen wird.

Minutenlanger Beifall dankt dem SPD-Vorsitzenden für seine faire und umfassende, vor keiner Frage ausweichende Stellungnahme. Die jungen Menschen umringen ihn, als er abfährt. * * *

Wir verlassen das Evangelische Aufbaugymnasium in Herchen mit einem guten Gefühl. In einigen Jahren werden diese jungen Menschen selbst an der Gestaltung des demokratischen Staates mitwirken. Sie tun es heute schon mit Unbestechlichkeit und Freude an der Klarheit. Sie werden der Demokratie Leben geben, und dieses Bewußtsein gibt uns die Kraft, um schwierige Situationen zu meistern.

Deutsche als Fremdenlegionäre südlich der Sahara ?

P.H. - Unwiderrprochenen Pressemeldungen zufolge hat Paris Kommandos der Fremdenlegion nach Kamerun entsandt und beabsichtigt, ihnen größere Legionseinheiten folgen zu lassen. Unter den Toten und Verwundeten der französischen "Schutztruppen" in Kamerun hat man jugendliche deutsche Legionäre festgestellt.

Es besteht nicht der mindeste Anlaß, an diesem Einsatz deutscher Fremdenlegionäre südlich der Sahara zu zweifeln. Vom Krimkrieg vor mehr als 100 Jahren an hat Frankreich die Legion des öfteren zu international mehr als zweifelhaften Aktionen ausgeliehen. Schon der Aufbau der Kommandostäbe der Legion entspricht dieser Rolle. Für den französischen Berufssoldaten, ob Offizier oder Unteroffizier, bedeutete und bedeutet die Versetzung zur Legion, daß die strengen Ehrbegriffe der französischen Heimatarmer fortfallen. Wer sich irgendwelche Vergehen zuschulden kommen ließ, immer gab und gibt es einen Weg, das peinliche gerichtliche Verfahren zu vermeiden: die "freiwillige" Versetzung in die Fremdenlegion. Von einem deutschen Fürsten vor 300 Jahren mit verkauften Deutschen gegründet, ist die Legion bis heute für die Völker, die unter französischer Herrschaft stehen oder standen, Symbol für Gewalt und Unterdrückung und mit ihr tragischerweise oft das Land, das 75 Prozent der Legionäre stellt: Deutschland.

Hier soll nicht zu dem Bruderkampf in dem seit dem 1. Januar unseres Jahres unabhängig gewordenen Kamerun Stellung genommen werden. Hinter wem die Mehrheit der Bevölkerung steht, ob hinter den profranzösischen Präsidenten Ahidjo oder der verbotenen "Nationalregierung", die vom Norden des Landes aus einen erbitterten bewaffneten Kampf gegen die von der Partei Ahidjos gebildete Regierung führt, kann schwer beurteilt werden. Auch das Ersuchen Ahidjos um französische Truppen mag angesichts der Vorgänge im Kongo un beurteilt bleiben. Dagegen sollten das deutsche Volk und die deutsche Regierung auf das schärfste gegen den Einsatz der zumeist aus deutschen Söldnern bestehenden Fremdenlegion protestieren. Man sollte sich darüber klar sein, daß jede von Deutschen gefeuerte Maschinengewehrsalve, jedes deutsche Wort in verbrannter oder von der Legion besetzten Negerdörfern eine deutsche Entwicklungshilfe auslöschen, jede "Öffentlichkeitsarbeit" über den antikolonialen, demokratischen Charakter der Bundesrepublik unwirksam machen und eine gefährliche antidutsche Einstellung hervorrufen kann.

Die offiziellen Stellen der Bundesrepublik schweigen bisher, aus Rücksicht auf ein freundschaftliches Verhältnis zu Paris, möglichst alles tot, was ihnen über die Deutschen in der Fremdenlegion bekannt wird. Vonseiten der algerischen Exilregierung wird behauptet, daß man rund 3000 deutschen Legionären zur Rückkehr nach Deutschland verholfen habe. Man könnte um der Wahrheit willen hinzufügen, daß desertierende Legionäre von Stoßtrupps der algerischen Freiheitsarmee auch getötet wurden, bevor die oberen Kommandostellen eingreifen konnten ... Dessen ungeachtet sollte endlich das offizielle Schweigen über das Schicksal der jungen Deutschen in der Fremdenlegion gebrochen werden. Fast jeder Deutsche, der der Legion zu entfliehen vermochte, mußte über deutsche Auslandsvertretungen in die Heimat geschafft werden. Die wenigen, die

aus eigener Kraft bis an einen deutschen Hafen oder die Grenze Deutschlands gelangten, müssen sich zum mindesten bei Polizei und Ordnungsdienst melden. Die Deutschen im Ausland, die Legionären helfen, die tunesischen, marokkanischen und sonstigen Behörden, die geflohene Legionäre bundesdeutschen Botschaften oder Konsulaten übergaben, sind über eins befreundet. Die Legionäre erhalten Papiere, Reisegeld und Zivilanzug. Aber man will wissen, daß ihnen auf den deutschen Vertretungen eingeschärft wird, nichts über ihre Erlebnisse in der Heimat zu erzählen. Man spricht von verzweifelten, innerlich auf das Härteste betroffenen Deserteuren, die erzählen wollten, daß Torturen und Ermordungen Unschuldiger sie dazu brachten, der Legion den Rücken zu kehren. Ihnen soll mit bürokratischer Unteroffiziersmanier verboten worden sein, davon zu sprechen. Es soll Deserteure gegeben haben, die zu ihrer Rechtfertigung verlangten, daß ein Protokoll über ihre Erlebnisse in der Legion aufgenommen würde, aber hören mußten, daß "so etwas nicht vorgeseher sei" ...

Drei Aufgaben dürfte das Fremdenlegionsproblem dem Bundestag stellen:

Er sollte erstens vom deutschen Außenministerium fordern, daß sowohl Frankreich wie den neuen Staaten, in denen die Bundesrepublik vertreten ist, zu verstehen gegeben wird, daß die Fremdenlegion, als Truppe hauptsächlich deutscher Staatsbürger, nicht in den inneren Kämpfen der neuen Staaten eingesetzt wird.

Das Parlament sollte weiter darauf dringen, daß von jedem desertierten Legionär ein ausführliches Protokoll aufgenommen wird. In diesem sollten seine Gründe für den Eintritt, seine Behandlung und Rolle und die Vorgänge, die ihn zur Desertion veranlaßten, ausführlich dargestellt werden. Diese Protokolle müßten dem Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages zur Entscheidung darüber vorgelegt werden, was aus ihnen veröffentlicht werden, oder auch zu außenpolitischen Schritten Anlaß geben sollte.

Als drittes sollte dem Parlament in Bonn und der Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen eine Liste der heimgekehrten Legionäre zur Verfügung gestellt werden. Es sei wiederholt: Jeder Einsatz dieser dreiviertel deutschen Fremdenlegion in den inneren Wirren der neuen afrikanischen Staaten schadet dem deutschen Ruf und führt zu den bösesten und schädlichsten Ansichten über den deutschen Volkscharakter.

Selbstverständlich ist die Fremdenlegion grundsätzlich abzulehnen. Die Bundesregierung sollte daher - über die drei aus der aktuellen Situation sich ergebenden Forderungen hinaus - nie nachlassen, die französische Regierung auf die allen Parteien in der Bundesrepublik gemeinsame Haltung zum Problem der Fremdenlegion hinzuweisen.

Farbige Regierungsbeamte wollen Sprachen lernen

Von Bruno Kuster, Genf

Eine der zahlloser paradoxen Erscheinungen unserer Zeit besteht darin, daß sich zum Beispiel die verschiedenen Bevölkerungsgruppen Indiens nur in der Sprache ihrer ehemaligen Kolonialherren - englisch - verständigen können. Und da die jungen, unabhängigen Staaten Westafrikas verschiedene Herren hatten, besitzen sie keine gemeinsame Sprache, in welcher sie die brennender gemeinsamen Probleme erörtern könnten. Da gibt es nur einen Ausweg: lernen!

In den Plänen für eine westafrikanische Zusammenarbeit, die der Vizepräsident Liberias, William R. Tolbert, anlässlich seines kürzlichen Schweizer Aufenthaltes darlegte, spielt ein Sofortprogramm für einen intensiven Sprachunterricht für Regierungsbeamte eine besonders wichtige Rolle. Es ist ein Bestandteil des Vorschlages, einen "Westafrikanischen Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Erziehung und des kulturellen Austausches" zu schaffen, der - geleitet von einem Ministerrat - mit der Aufgabe betraut werden soll, die Bemühungen der einzelnen westafrikanischen Staaten zu koordinieren. Zuerst einmal soll der Rat in die Lage versetzt werden, einen Überblick über die unmittelbaren und zukünftigen Bedürfnisse und Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zu gewinnen. Die bestehenden westafrikanischen Bildungsstätten sollen in den Dienst der ganzen Staatengruppe gestellt werden. Dem Rat soll - nach Ansicht Liberias - sogar die Kompetenz übertragen werden, den regionalen Aufbau des Schulwesens und die wissenschaftliche Forschung zu leiten und den einzelnen Ländern bei der Lösung ihrer Probleme behilflich zu sein.

Ein Arbeitsausschuß, dem die Leiter sämtlicher höherer Lehranstalten anzugehören hätten, wäre mit der zweckmäßigen Ausnützung der vorhandenen Möglichkeiten zu beauftragen. Im Vordergrund steht der Sprachunterricht, um die unsichtbaren Schranken, welche die Länder heute noch voneinander trennen, allmählich abzubauen zu können. Abgesehen von kurzen Lehrgängen für Beamte wird die forcierte Ausbildung von Sprachlehrern für den Schulunterricht auf allen Stufen gefordert.

Die geplante Zusammenarbeit im Sektor Ausbildung und Kultur findet ihre Ergänzung in detaillierten Plänen, die auf die Schaffung einer westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft durch Abbau der Zollschranken und der Zahlungsbeschränkungen hinarbeiten, um die industrielle Entfaltung des ganzen Gebietes nach rationellen Gesichtspunkten in die Wege leiten zu können. Dazu gehört natürlich auch der Ausbau des Transportwesens, das - an und für sich schon ungenügend - keineswegs den Bedürfnissen des innoafrikanischen Handelsverkehrs entspricht. Liberia regt auch an, die Exportinteressen der gesamten Region gemeinsam wahrzunehmen. - Schließlich sollen auch im Sektor Gesundheits- und Ernährungspolitik die Anstrengungen koordiniert werden.

Vizepräsident Tolbert beweis mit seinen Gedanken sowohl weise Mäßigung als auch verständnisvolle Einsicht in die kurz- und langfristigen Notwendigkeiten eines Gebietes, das nun nach Erlangung der Unabhängigkeit sein inneres Gleichgewicht erst noch finden muß. Nach außen hin sucht es eine enge Zusammenarbeit mit der Spezialorganisation der UNO, die zur Mitwirkung in den zu schaffenden westafrikanischen Organen eingeladen werden sollen.

Verantwortlich: Günter Markscheffel